

Weiterer Zustupf an KMU in Not

Mehrheit des Baselbieter Landrats will über die Corona-Soforthilfe hinaus Kantonsbeiträge an Geschäftsmieten.

Hans-Martin Jermann

Der Landrat sagt Ja zu Kantonsbeiträgen an Geschäftsmieten in der Coronakrise. Mit 53 zu 34 Stimmen hat er gestern die Dreidrittelslösung abgesegnet. Diese sieht vor, dass der Mieter in den Monaten April, Mai und Juni einen Drittel der jeweils geschuldeten Monatsmiete bezahlt, der Vermieter auf einen Drittel verzichtet und der Kanton für den restlichen Drittel in die Bresche springt. Das Modell existiert fast identisch in Basel-Stadt. Baselland hat bereits 40 Millionen Franken nicht rückzahlbare Soforthilfen an KMU in Not ausbezahlt – eine derart grosszügige und rasch vollzogene Lösung kennt kein anderer Kanton.

SVP kritisierte unnötige Giesskannen-Lösung

Im Baselbieter Parlament wurde denn auch gestritten, ob über die Soforthilfe hinaus eine separate Vorlage nötig sei. Nein, fand vor allem die SVP: «Zuerst haben wir mit der Giesskanne Geld an KMU ausgeschüttet, die nie auf die Idee gekommen wären, den Staat darum zu bitten», sagte Hanspeter Weibel in tränenreichen Worten. Und dann solle der Kanton die Möglichkeit schaffen, dass sich der Steuerzahler auch an Vereinbarungen zwischen Mietern und Vermietern beteiligt, die ohne ihn getroffen werden könnten, so der SVP-Landrat.

Demgegenüber betonte SP-Präsident Adil Koller, dass die finanzielle Situation in gewissen Branchen, etwa der Gastronomie, trotz der Soforthilfen noch immer prekär sei. Bei der kantonalen Geschäftsmieten-Vorlage handle es sich nicht um einen staatlichen Eingriff in die Eigentumsrechte, sondern um ein auf Freiwilligkeit basierendes Anreizsystem, warb Koller.



Wegen Corona tagte der Baselbieter Landrat wie schon vor der Sommerpause im Congress Center Basel. Mit dem nötigen Abstand konnte auf eine Maskenpflicht verzichtet werden. Bild: Juri Junkov (27.8.2020)

Der entscheidende Punkt, weshalb dies auch von der FDP unterstützt wurde: «Die Dreidrittelslösung stärkt die Vertragsautonomie. Der Staat unterstützt diese lediglich mit Schmiermittel», sagte Frak-

tionschef Andreas Dürr. Auf Bundesebene wurden indes Vorstösse überwiesen, die einen fixen Mietzinserlass von 60 Prozent vorsehen – ohne Verhandlungsmöglichkeit und ohne Staatsbeiträge. Diese Lösung

gelte es, dringend zu verhindern; am einfachsten, indem Baselland ein eigenes, besseres System einführe, sagte Dürr. Die Kritik aus der SVP, mit den Kantonsbeiträgen werde Strukturerehalt betrieben, konterte Christof

«Mit der Giesskanne haben wir Geld an Unternehmen ausgeschüttet, die nie auf die Idee gekommen wären, den Staat darum zu bitten.»

Hanspeter Weibel
SVP-Landrat, Bottmingen

Hiltmann (FDP): Die Hilfe sei für einige Betriebe wichtig und sehr willkommen. Sie sei aber zeitlich auf drei Monate begrenzt und daher zu gering, als dass diese nur wegen ihr langfristig überleben könnten.

Kreis der Berechtigten ist stark eingeschränkt

Profitieren können vom Modell alle KMU mit einer monatlichen Nettomiete von mindestens 7500 Franken. Dies, weil die bereits gesprochene Soforthilfe zu 100 Prozent an allfällige Geschäftsmieten-Beiträge angerechnet werde. Zudem gilt eine Obergrenze von 9000 Franken. SP-Chef Koller stellte den Antrag, die Untergrenze auf 3750 Franken zu halbieren. Gemäss Berechnungen könnte damit der Kreis der anspruchsberechtigten KMU von 10 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Mit 42 Ja- gegen 45 Nein-Stimmen wurde der Antrag knapp abgelehnt.

Wie teuer die Vorlage den Kanton zu stehen kommt, ist nicht ganz klar und abhängig davon, wie viele freiwillige Vereinbarungen geschlossen werden. Im Landrat wurde auf Basis der abgesegneten Lösung ein Betrag von 2 bis 3 Millionen genannt.

Abschluss der Rehe auf dem Friedhof Hörnli sistiert

Verzögerung Da immer mehr Rehe auf dem Friedhof Hörnli in Basel leben, stellte die für das Areal zuständige Stadtgärtnerei den Antrag, den Bestand zu verkleinern. Im Mai erhielt sie vom Basler Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) die Abschlussbewilligung. Dies rief mehrere Tierschutzorganisationen und Aktivisten auf den Plan.

Gestern vermeldete die Fondation Weber, dass der Abschluss der Rehe sich weiter verzögert. Das JSD bestätigt gegenüber der bz, dass das Rekursverfahren gegen den Abschluss sistiert wurde. Grund dafür ist ein runder Tisch, der von der Stadtgärtnerei organisiert wird und sämtliche involvierte Stellen zur Beratung auffordert. «Da das Rekursverfahren vom Ausgang dieser Gespräche abhängt, wurde das Verfahren bis zum Abschluss dieser sistiert», so Polizeisprecher Toprak Yerguz.

Stiftung will Lösung für Rehe auf Friedhof finden

Mit diesem Sistierungsentscheid rücke die Rettung der Rehe in Sichtweite, so die Fondation in der Mitteilung. «Gemeinsam mit Fachpersonen und der Stadtgärtnerei arbeiten wir an Alternativen, wie die Anzahl Rehe, die Pflege und der Unterhalt dieser einmaligen historischen Friedhofsanlage am Hörnli sowie Biodiversitätsaspekte im Gleichgewicht gehalten werden können», lässt sich Vera Weber, Präsidentin der Fondation Franz Weber, zitieren. Die Stiftung hatte gegen die Abschlussbewilligung Rekurs eingelegt.

Auf dem Friedhof Hörnli leben seit dessen Eröffnung im Jahr 1934 Rehe. In den vergangenen Jahren vergrösserte sich der Bestand von 15 auf 25 Tiere. Zudem verursachen die Rehe laut Stadtgärtnerei Schäden an den Gräbern. 2015 soll dieser rund 19 000 Franken betragen haben. (bz)

Baselbieter Politiker schütteln über Entscheidung der SBB den Kopf

Die dreimonatige Einstellung des Läufeifingerli war Thema im Landrat. Nationalrätinnen werden Verstösse in Bundesbern einreichen.

Die Hiobsbotschaft der SBB hat im politischen Baselbiet eingeschlagen wie eine Bombe: Der akute Lokführermangel veranlasst den Staatsbetrieb dazu, das Läufeifingerli vorübergehend einzustellen. Während dreier Monate wird der Regionalzug S9 durch Busse ersetzt. Kantonale und nationale Parlamentarier sind verzögert und werden tätig.

Kurz nachdem die Pläne am Mittwoch bekannt worden waren, reagierten die Baselbieter Sozialdemokraten mit einer Mitteilung, in der sie Unverständnis äusserten. In der gestrigen Sitzung des Landrats wurde eine Interpellation der Buckter SP-Parlamentarierin Sandra Strüby für dringlich erklärt und gleich von Regierungsrat Isaac Reber (Grüne) beantwortet. Seine Bau- und Umweltschutzdirektion hatte sich zuvor in einer Stellungnahme ungewöhnlich geharnischt zum Entscheid der SBB geäussert. Man teilte

mit, dass man die dreimonatige Umstellung auf Busbetrieb nicht akzeptiere. Der Kanton sei nicht in die Entscheidungsfindung mit einbezogen worden.

Isaac Reber spricht mit SBB-CEO über die S9

In eine ähnliche Richtung gingen die Ausführungen von Isaac Reber in der Landratssitzung. Es wurde deutlich, dass der Kanton Baselland kurzfristig von den Massnahmen erfahren hat. «Bei einem Treffen mit dem neuen SBB-CEO Vincent Ducrot werde ich mich dafür einsetzen, dass die Umstellung tatsächlich nur drei Monate dauert», sagte der Verkehrsdirektor. Der Busersatz soll laut dem Transportunternehmen vom 7. September bis zum Fahrplanwechsel am 13. Dezember gelten.

Isaac Reber bestätigte, was Sandra Strüby in der Interpellation schrieb: Die S9 ist «unverhältnismässig oft betroffen,

«So geht man nicht mit einem Kanton um.»



Daniela Schneeberger
Baselbieter FDP-Nationalrätin

wenn die SBB Personalmangel haben oder Störungen auf dem Streckennetz der SBB eintreten». Im Oktober kam es schon einmal während eines Tages zum Einsatz von Ersatzbussen. Damals war erst in der Freitagnacht bekannt gegeben worden, dass wenige Stunden später am Samstag das Läufeifingerli nicht fahren wird.

Das Läufeifingerli wird zum Thema im Nationalrat

Ist die vorübergehende Umstellung auf Busse im Baselbieter Landrat bereits behandelt worden, wird sie im Nationalrat noch zum Thema. Gleich drei Baselbieter Bundesparlamentarierinnen kündigen an, das Läufeifingerli in Bern aufs Tapet zu bringen: Daniela Schneeberger (FDP), Samira Marti (SP) und Florence Brenzikofer (Grüne). Schneeberger und Marti bereiten Vorstösse vor, die sie in der Herbstsession einreichen. Bren-

zikofer nutzt hingegen die Fragestunde, um Fragen zu den Schwierigkeiten bei der Ausbildung von Lokführern und zu neuen Anreizen in der Umschulung zu stellen.

Für Daniela Schneeberger war schnell klar, dass sie eine Interpellation einreicht. «So geht man nicht mit einem Kanton um», ärgert sich die Freisinnige. Vom Bundesrat möchte sie unter anderem wissen, wie die finanziellen Konsequenzen für die SBB aussehen. Zumindest hier kann das Bundesamt für Verkehr, das zusammen mit den Kantonen Baselland und Solothurn das Läufeifingerli bestellt, schon vorgreifen. Auf Anfrage schreibt Mediensprecher Michael Müller: «Die SBB dürfen Leistungen, die sie nicht erbringen, nicht in Rechnung stellen. Auch die Bus-Ersatzkurse müssen sie selber bezahlen.»

Dimitri Hofer

Mehr Leute fahren mit dem Läufeifingerli

Der Regionalzug S9, der zwischen Sissach und Olten verkehrt, verzeichnet seit Jahren geringe Fahrgastzahlen. Aufgrund des tiefen Kostendeckungsgrads stand das Läufeifingerli schon mehrfach vor dem Aus. Im Herbst 2017 sprach sich das Baselbieter Stimmvolk an der Urne klar dafür aus, das Bähnli weiterfahren zu lassen und nicht durch Busse zu ersetzen. Fast drei Jahre nach dem Volksentscheid ist die Auslastung des Zuges deutlich höher als früher. Dies hängt damit zusammen, dass mit dem Fahrplanwechsel im letzten Dezember die Busse besser auf das Läufeifingerli abgestimmt wurden. Gemäss SBB sind derzeit rund ein Drittel mehr Passagiere unterwegs als noch 2018. (hof)